

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,35 M., in Württemberg 2,55 M., vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg. Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt). Für die Redaktionen verantwortlich: G. Klum Wildbad.	Anzeigen 12 Pfg., von auswärtig 15 Pfg., die Petitzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg., die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------



Nr. 105

Dienstag, den 6. Mai 1919

36. Jahrgang.

Der Umschwung in Ungarn.

Das kommunistische Regiment in Ungarn, das aufgerichtet wurde, als die maßlosen Forderungen der Entente Ungarn zur Verzweiflung trieben, ist zusammengebrochen. Sechs Wochen hat dieses Regiment gedauert, lange genug, um mancherlei Unheil anzurichten. Freilich war es für die Träger des ungarischen Kommunismus von Anfang an schwer, sich zu halten. Die Diktatur des Proletariats wurde in einem Augenblick aufgerichtet, da die Regierung des Zämmers Michael Karolyi völlig bankrott war und die verzweifelte Erklärung abgab, nur die Übernahme der Macht durch das Proletariat könne das Land aus seiner gefährdeten Lage im Innern wie nach außen retten. Als die Wirkungen einer verräterischen Politik nicht mehr aufzuhalten waren, entzog sich Karolyi der Verantwortung, die nun Kuhn, Samuely und Garbai übernahmen, Männer ohne jede Erfahrung. Die erwartete große nationale Bewegung blieb aus und der stille Widerstand des von den Kommunisten entrechteten und enteigneten Bürgertums konnte wohl durch Gewaltmaßnahmen niedergebunden werden, aber eine dauernde Ordnung ließ sich doch unter solchen Verhältnissen nicht aufrichten. Es ist ja auch bezeichnend, daß von Anfang an die Räterepublik, wie in Bayern, die Zulorequenz begehen mußte, die Sozialisierung des Grundbesitzes bis zu tausend Joch zu unterlassen, um nicht in dem agrarischen Lande von vornherein jedes Halts zu entbehren. Umgekehrt hat den ungarischen Bolschewismus überhaupt das drohende militärische Vorgehen der Entente. Die Aufgabe, Ungarn aus einer verzweifelt Lage zu retten, konnte Kuhn nicht erfüllen. Aber er hätte auch von innen heraus zusammenbrechen müssen, weil einfach in der Bevölkerung Ungarns, im Proletariat ebenwiegend wie in den anderen Gesellschaftsschichten, die Vorbedingungen nicht vorhanden sind, die eine solche Gesellschaft notwendig braucht.

Budapest, 5. Mai. Die kommunistischen Führer sind alle geflohen. Als erster verließ Volkskommissar Samuely Budapest in einem Auto in der Richtung Wien.
Preßburg, 5. Mai. Ein Flugzeug, mit dem der tschecho-slowakische Kriegsminister Stefanik in Begleitung zweier italienischer Offiziere hier eintreffen sollte, ist bei Wojnor aus einer Höhe von 400 Metern abgestürzt. Samtliche Insassen des Flugzeugs wurden getötet.
Wien, 6. Mai. Auf Ersuchen des Verbands wurden die nach Wien geflüchteten ungarischen Volksbeauftragten gestern verhaftet. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, stehen die Rumänen etwa 2 1/2 Bahnstunden vor Budapest.
Wien, 5. Mai. Gestern hat sich eine englische Mission im Sonderzug nach Budapest begeben.

Neues vom Tage.

Friedenstagung der Nationalversammlung.
Berlin, 5. Mai. Die Nationalversammlung soll in Berlin im Hauptsaal der alten Bibliothek, die Tagungsstungen in der Akademie der Wissenschaften abgehalten werden. Die Dauer dieser nur den Friedenstagen dienenden Versammlung wird auf vier Wochen angenommen. Nach dieser Zeit dürfte die Nationalversammlung wieder nach Weimar zurückkehren.
Das neue Arbeitsrecht.
Berlin, 5. Mai. Unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer trat am 3. Mai der Arbeitsausschuß für Neuordnung des gesamten Arbeitsrechts zum erstenmal zusammen. An der Sitzung nahm auch der Gesandte Deutsch-Oesterreichs teil. Als Teile des Gesetzgebungswerks sind gedacht: der Arbeitsvertrag, das Arbeitsgericht (für Streitigkeiten aller Arbeitnehmergruppen), die Arbeitsverwaltung, die Arbeitsverwaltung (Arbeitsnachweis usw.) und die soziale Selbstbestimmung (Kollektion, Tarifverträge usw.). Es fand eine längere Aussprache und eine Verteilung der Arbeitsgebiete an die verschiedenen Mitglieder statt. Schon vor der Ausarbeitung der einzelnen Entwürfe soll den großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden Gelegenheit gegeben werden, Wünsche und Vorschläge bezüglich des gesamten Inhalts und des Aufbaues des Gesetzes zu äußern.
Berlin, 5. Mai. Der Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten soll in seiner ersten Fassung im Reichsarbeitsamt fertiggestellt worden sein.

Der Prozeß Liebknecht.

Berlin, 5. Mai. Die Rechtsvertreter der Angehörigen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erklären, daß sie, weil ihre Forderung einer revolutionären Untersuchungskommission nicht erfüllt worden sei, jede Teilnahme an der Verhandlung vor dem Schwurgericht ablehnen.

Der Generalfreier.

Berlin, 5. Mai. Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Sießen mitgeteilt wird, ist die Brauereiensteinfabrik „Georg“ der Budersfelder Eisenwerke in Beglar bei Langgöns vollständig erschossen, da die streifende Belegschaft sich weigerte, auch nur die notwendigsten Arbeiten zu verrichten. Der Schaden ist sehr groß. Die gesamte Belegschaft ist nunmehr brotlos.
Kattowitz, 5. Mai. Der Streik auf den ober-schlesischen Gruben ist beendet. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß auch der Beamtenstreik auf Heut heute beigelegt wird.
Berlin, 5. Mai. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers“ aus Lugano sind 80 000 Angestellte lombardischer Nebenbahnen in den Streik getreten.

Das erste englische Handelschiff.

Hamburg, 5. Mai. Der englische Dampfer „Greenway“ ist gestern mit 2500 Tonnen Lebensmitteln, von London kommend, im Hamburger Hafen eingetroffen. Der Dampfer ist der erste englische Dampfer, der nach Kriegsausbruch nach Hamburg gekommen ist.

Abreise der Türken.

Hamburg, 5. Mai. 1500 türkische Staatsangehörige, die durch Vermittlung der türkischen Botschaft aus allen Teilen Deutschlands zusammengezogen sind, sind gestern in zwei Sonderzügen, von Berlin kommend, hier eingetroffen. Sie haben nachmittags mit dem türkischen Dampfer „Al Deniz“ die Reise nach Konstantinopel angetreten.

Die Lage in München.

München, 5. Mai. Die Ermordung der 10 Geiseln im Hof des Luivold-Gymnasiums geschah mit unerbörter Bestialität. Lewin, Levine und Rissen befanden sich im Keller, wohin sie sich vor den ankündenden Regierungstruppen geflüchtet hatten. Sie wurden genau um die Uhr geschütet und waren damit einverhandelt. Auch die anderen Kommunistenführer billigten sie. Die Leichen sind gränlich zugerichtet. Die Soldaten des früheren Leibregiments weigerten sich, den Mord auszuführen, da beantragte Seidel (ein Kommunist aus Sachsen) Rüssen mit der Untat, die sie auch sofort ausführten.
München, 5. Mai. Die Namen der Ermordeten 10 Geiseln sind: 1. Walter Neuhans aus München, 2. Baron von Teuchert aus Regensburg, 3. Anatomischer Professor von Seidlitz aus München, 4. Walter Zeile aus München, 5. Gräfin Ella von Westarp aus München, 6. Eisenbahnsekretär Anton Däumlenlang aus München, 7. Kaufmännischer Professor Ernst Berger aus München, 8. Prinz Gustav von Thurn und Taxis von der österr. Linie, 31 Jahre alt, Sohn des verstorbenen Prinzen Franz in Kiefersbühl; 9. und 10. sind vermutlich 2 Angehörige der preussischen Garde-Schützen-Division.
 Automobile mit flüchtenden Spartalisten aus München und den Vororten durchfahren das südbayerische Gebiet in Richtung Traunstein, Reichenhall und Berchtesgaden. In mehreren Ortschaften des Koraldengebietes haben spartalistische Banden Bauernhöfe ausgeplündert.

München, 5. Mai. In dem Straßenkampf in München hat es bis jetzt 150 Tote gegeben und etwa 900 Verwundete. Unter den handrechtlich Ertrassenen ist der Kommunistenführer Sontheimer. Der Oberkommandant der Roten Armee, Egelhofer, ist bei einem Mordversuch vom Wachposten erschossen worden. Egelhofer ist ein 21-jähriger desertierter Matrose, der bei der Marineneinheit unter der Kanzlerschaft von Michaelis zum Tode verurteilt worden war und auch schon vorher in Bayern 1 Jahr Zuchthaus gehabt hat. Der Rotgardist Seidel, der die Geiseln im Luivold-Gymnasium erschossen ließ, sollte im Schlacht- und Viehhof handrechtlich erschossen werden. Württembergische Truppen weigerten sich, diesen und haben ihn erschlagen. Toller ist im Straßenkampf gefallen. Es heißt, Lewin sei im Flugzeug geflohen, von seinem Führer aber in Schleichheim wieder gelandet und dort ausgeteiert

worden. Etwa 100 Geiseln und die anderen ungezählten weiteren Verhafteten sind befreit. Der Regierungsdoktor ist es gelungen, die Lebensmittelversorgung Münchens wieder herzustellen. Zwei Eisenbahnzüge mit je 56 Wagen Lebensmittel stehen zur Einfahrt bereit, sobald die Gleise wieder hergestellt sind. Am späten Nachmittag entstand im Viertel der Schleißheimer- und Angulienstraße ein neuer Straßenkampf.

München, 4. Mai. Ähnlich wird mitgeteilt: Der Verfall des bayerischen Heeres hat das Eingreifen norddeutscher Truppen in Bayern notwendig gemacht. Am Montag eine detaillierte für Bayern wenig ehrenvolle Maßregel zu vermeiden, ist es geboten, sofort die bayerische Reichswehr einzurichten, zu deren Aufstellung Bayern durch Reichsgeiz verpflichtet ist. Die Reichswehr ist keine Weiße Garde, sondern sie wird die Truppe der Regierung sein. Sie ersetzt die bisherige Armee. Sie wird ergänzt durch besondere stehende Truppenteile für Polizeizwecke. Die bayerische Reichswehr bildet aus bereits vorhandenen und noch in der Bildung befindlichen bayerischen Freikorps und solchen Personen d. alten Heeres, die freiwillig zu ihr übertreten, und an anderen Orten, sobald eine Truppe entsteht, ähnlich wie sie vor dem Krieg in England bestand.

Berlin, 5. Mai. Generalleutnant von Eben in München, der die Oberleitung der militärischen Operationen in München hat, erhielt folgendes Telegramm: Für die umsichtige und erfolgreiche Leitung der Operationen in München spreche ich Ihnen meine volle Anerkennung aus und der Truppe herzlichen Dank für ihre Leistung. Der Oberbefehlshaber (gez.): Koste, Reichswehrminister.

Berlin, 4. Mai. Die vom württembergischen Kriegsministerium herausgegebene Meldung, daß die Oberleitung in den Händen des Reichswehrministers Koste liege, war durchaus zutreffend. Die württembergische und die bayerische Regierung hatten dazu ihr Einverständnis gegeben. Nachdem beträchtliche Truppenmassen der Reichswehr nach Bayern in Bewegung gesetzt worden waren, mußte eine Garantie, daß sie geschossen werden, daß die Operationen auch durchaus einheitlich gesiegt und konsequent zu Ende geführt werden würden.

Augsburg, 5. Mai. Die „Augsburger Postzeitung“ das führende Zentrumsorgan (bayer. Volkspartei) führt in einer Betrachtung der Lage in München über das Verhältnis Bayerns zu Preußen und Norddeutschland u. a. aus: In diesen Tagen haben andere deutsche Stämme uns gebissen. Das mag für diesen oder jenen empfindlich sein, aber jedenfalls kann man sagen, die uns gebissen haben, keinen Vorwurf machen. Sie haben Dank verdient. Am allerwenigsten haben die Leute ein Recht zu Hehereien, die die Dinge soweit getrieben haben. Hätten sie denn allein das Werk der Befreiung Münchens vollbringen können, so wäre die Hilfe noch lange ausgeblieben und hätte, die inzwischen ermordet worden oder verhungert wären, nicht gekommen. Das Geschick, als verzehret die norddeutschen und württembergischen Truppen uns unsere Lebensmittel, ist zu dumm. Was haben wir noch zu verzehren, nachdem die Sowjetruher der Räterepublik alles verliert haben? So handelt sich darum, was den Weg zum übrigen Bayern, zum Reich und zur Welt wieder zu öffnen und uns so vor den Verhungeren zu bewahren. Dazu haben die nichtbayerischen Truppen beigetragen, haben mit ihr Leben in die Schanze geschlagen, und mancher hat den Tod gefunden. Das erfordert herzlichsten Dank, den nur unanständige Menschen vorenthalten könnten. Durch Halb- und Ganzheiten lassen wir uns nicht gegen deutsch Preußen verhegen, wir würden sonst zum Indan eine Kapital dummheit fügen. (Das Beträübende ist aber, daß man sich noch entschuldigen muß, wenn im Reich einer dem andern hilft).

Der Krieg im Osten.

Berlin, 5. Mai. Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Liban gemeldet wird, liegen Anzeichen vor, daß stark Angriffe der Bolschewiki auf Kurland und Litauen vorbereitet werden. Verstärkungen sind herangezogen.
Paris, 5. Mai. Dem „Temps“ zufolge wird in einem von der russischen Sowjetregierung verbreiteten Zankpruch der Wortlaut eines zwischen den ukrainischen und den russischen Bolschewiken gegen Rumänien geschlossenen Bündnisvertrags veröffentlicht. Die beiden bolschewistischen Regierungen fordern von Rumänien die sofortige Räumung Beharabiens, die Rückgabe sämtlicher von Rumänien beschlagnahmten russischen Militäreigentums, sowie die Rückvergütung der unter beharabischen Bevölkerung vorgenommenen Requisitionen.



Von der Friedenskonferenz.

Verailles, 5. Mai. Die deutsche Friedensabordnung ließ heute amtlich bei den Entente-Regierungen anfragen, wann der Friedensvertrag überreicht werde.

Berlin, 5. Mai. Nach einem Privatbericht des „Vorwärts“ aus Versailles werden sich die Alliierten, nachdem sie die deutsche Abordnung nach Versailles gebeten haben, nicht über die Friedensbedingungen ein-, Schwierigkeiten scheinen jeden Tag aufzutreten. Untere Abordnung sitzt infolgedessen völlig untätig und ohne jede Nachricht fest. Graf Brodowski hat bei den Alliierten anfragen lassen, wann der Vertrag überreicht werde. Er habe darauf hingewiesen, daß seine und der anderen Beamten Amtsgeschäfte ein längeres Warten nicht erlauben. Die Franzosen haben um den Aufenthaltsort der deutschen Abordnung herum ein Drahtverhau anlegen lassen. Die Deutschen sitzen dort wie gefährliche Gejagte und nicht wie eine zu achtende diplomatische Mission. Die deutsche Abordnung hat gegen diese unwürdige Behandlung protestiert.

Verailles, 5. Mai. „Intransigent“ will wissen, daß die italienische Abordnung eingeladen worden sei, nachzulehren. Italien erhalte Krüme. Der Vertrag werde Freitag oder Samstag den Deutschen überreicht werden können. In der belgischen Frage ständen die Dinge nicht gut. Die Belgier seien über Wilsons Vermittlung, was sie veranlassen könnte, die Pariser Konferenz zu verlassen. — Der „Temps“ berichtet, der interalliierte Prüfungsausschuß für die Vollmachten der Deutschen, bestehend aus Cambon, Harding und Henry White, prüfe die deutsche Vollmacht. Fragen sollten schriftlich an die deutsche Abordnung gerichtet werden, welche auf demselben Wege antworten werde. Auch nach der Vorlegung des Vertrags werde das selbe Verfahren angewandt werden. (Man spricht also mit den Deutschen nicht.)

Vern, 3. Mai. Am 1. Mai ist ein vorläufiges Handelsabkommen zwischen Italien und der Deutsch-Oesterreichischen Republik abgeschlossen worden.

Brüssel, 5. Mai. Der belgische Staatshaushalt für 1919 sieht vor an ordentlichen Einnahmen rund 526 Millionen Franken, an außerordentlichen Einnahmen rund 390 Millionen Franken, an außerordentlichen Einnahmen 1.600.000 Franken, an außerordentlichen Kriegseinnahmen 1.686 Millionen Franken. Die Ausgaben betragen 9.683 Millionen Franken. Der Bericht sagt, der Abmangel müsse durch den Anzeiger, der an ihm schuld sei, ausgeglichen werden.

Spalato, 5. Mai. Aus Zara und Sebenico wird berichtet, daß die Italiener größere Transporte von Militär und Kriegsmaterial aller Art anschießen. Die Berggegenden und Bässe wurden besetzt.

Der Friedensvertrag.

Paris, 5. Mai. Laut „Echo de Paris“ wird der Friedensvertrag im wesentlichen folgende Kapitel umfassen: Einleitung, Deutsche Grenzen, Bestimmungen über die Grenzveränderungen, deutsche Kolonien, Bestimmungen militärischer, see- und lufttechnischer Natur, Kriegsgefangene, Vorgehen gegen Wilhelm II. und sämtliche schuldigen Deutschen, Vergütungen und finanzielle Entschädigungen, wirtschaftliche Bestimmungen, Hüfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen, internationale Arbeitergesetzgebung, Garantien, allgemeine Bestimmungen und Ratifikationen.

Der Vertrag wurde am Samstag abend endgültig vereinigt; er wird binnen 48 Stunden gedruckt vorliegen.

Zweifelhaftes Geschenk.

Vern, 4. Mai. Die Alliierten haben der Schweiz erlaubt, Deutschland Kredite zu gewähren für Lebensmittel, die aus der Schweiz nach Deutschland ausgeführt werden, jedoch nur unter der Bedingung, daß in jedem Fall bei dem Ausschluß der Alliierten in Vern angefragt wird. Wie die „Thurgauer Zeitung“ bemerkt, wird der Schweiz die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland also nur gegen Gewährung von Krediten an Deutschland gestattet, deren Tilgung, wie die bisherigen Erfahrungen der Schweiz ja beweisen, möglicherweise durch die Entente selbst erschwert wird.

Argentinischer Weizen.

Verailles, 5. Mai. In der deutschen Finanzkommission ist die Meldung eingelaufen, daß Deutschland in Argentinien 135.000 Tonnen Weizen und 20.000 Tonnen Weizenmehl gekauft habe. Der Verband schickte daraufhin 250.000 Tonnen Schiffsraum nach La Plata, so daß noch für weitere 100.000 Tonnen Schiffsraum gesichert ist.

Die italienischen Menschenverluste.

Rom, 5. Mai. (Stefani) Nach einem amtlichen Bericht sind 34.000 Italiener in Kriegsgefangenschaft gestorben. Die Gesamtzahl der Toten beträgt demnach 494.000 Militärpersonen, wozu noch 13.147 Marinefeldaten kommen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 5. Mai. Die deutsche Waffenstillstandskommission wurde auf 9. Mai nach Versailles zur Verhandlung über die Kohstofflieferung berufen. — Marschall Foch teilt mit, der polnische Regierungspräsident Paderewski ziehe jegliche herausfordernde Haltung der Polen in Abrede. Die Polen seien bereit, die Waffenstillstandsbedingungen einzuhalten.

Obert im Kronprinzenpalais.

Berlin, 5. Mai. Nach der „Z.“ ist als künftiger Wohnsitz des Reichspräsidenten das bisherige Kronprinzenpalais unter den Linden in Aussicht genommen.

Die „bedenklichen“ Vollmachten.

Berlin, 5. Mai. Im Pariser „Temps“ werden Bedenken erhoben, ob die Berliner Regierung zur Ausstellung von Friedensvollmachten überhaupt zuständig sei. Dazu wird halbamtlich erklärt: „Der Reichspräsident vertritt das Reich nach außen und eine von ihm gezeichnete und vom Ministerpräsidenten gegengezeichnete Voll-

macht hat absolute Gültigkeit. Die Zustimmung zum Friedensvertrag kann die Regierung nur geben, wenn die Nationalversammlung und der Staatenausschuß sie bereits gegeben hat. Die Zustimmung der reichsweiten Nationalversammlung ist für einen Frieden, den das Reich schließt, an und für sich nicht erforderlich.“

Plünderungen.

Stralsund, 5. Mai. Bei Unruhen, die gestern ausbrachen, wurde das Warenhaus Reed geplündert. Der Schaden soll mehrere Millionen betragen. Bei der Plünderung des Warenhauses Diez wurden die Türen mit Handgranaten gesprengt. 1 Person ist tot, 2 verwundet. Wegen des Warenhaus Wertheim nahm heute die Menge eine drohende Haltung ein. Aus Greifswald sind Truppen eingetrückt.

Das neue Gemeindegewahlgesetz.

Ueber das neue Gesetz über die Gemeindegewahlen in Württemberg herrscht in weiten Kreisen noch Unklarheit. Es dürfte daher nicht unangebracht sein, in Anbetracht der in den nächsten Wochen erfolgenden Wahlen die wesentlichen Bestimmungen des neuen Gesetzes und dessen Abweichungen vom bisherigen Wahlverfahren kurz zu belichten.

Zunächst ist festzustellen, daß der Bürgerausschuß künftig in Wegfall kommt; keine Gemeinde wird also mehr zwei Bürgerausschüsse haben, sondern es besteht nur noch ein Gemeindegewahlkollegium, der Gemeinderat, in den auch Frauen gewählt werden können.

Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Personen die das 20., wählbar, die das 25. Lebensjahr am Tag der Wahl vollendet haben und das württ. Staatsbürgerrecht besitzen. Der Besitz des betreffenden Gemeindegewahlrechts ist nicht mehr nötig. Als Wohnort gilt vorübergehender Aufenthalt nur für Angestellte, Arbeiter und Diensthöher, die in die Wählerliste derjenigen Gemeinde aufgenommen sind, wo sie zur Zeit der Wahlen gerade auf unbestimmte Zeit beschäftigt sind, während z. B. Studenten, die sich des Studiums halber an einem fremden Ort aufhalten, nur in der Heimatgemeinde wahlberechtigt sind.

Die Verhältnissewahl ist für alle Gemeinden von über 500 Einwohnern vorgeschrieben, wenn mindestens ein Wahlvorschlag rechtzeitig d. h. 12 Tage vor der Wahl eingereicht ist. In der gesetzlichen Frist nur ein Wahlvorschlag eingereicht worden, so ist dieser maßgebend und andere nachträgliche Vereinbarungen der Wähler sind wertlos. Dabei ist es von Wichtigkeit, daß sich die Gemeindegewähler rechtzeitig auf Wahlvorschläge einigen, sonst können sie in letzter Stunde von einer einzelnen Partei oder einer andern Vereinigung überrundet werden, denn Bewerber, die nicht auf einem eingereichten Wahlvorschlag stehen, sog. Wilde, können nicht gewählt werden, wenn ein Wahlvorschlag entgegensteht. Wird überhaupt kein Wahlvorschlag eingereicht, so muß nach dem bisherigen Mehrheitsystem gewählt werden.

Wahlvereinigungen (Parteien u. a.) müssen aus mindestens 20 Wahlberechtigten bestehen; sie haben bei Einreichung des Wahlvorschlags dem Wahlvorstand einen Vertreter und einen Stellvertreter zu bezeichnen. Die Vorgelegenen der Liste haben schriftlich ihr Einverständnis zu erklären. Werden weniger Bewerber vorgeschlagen, als zu wählen sind, so können auf dem Wahlvorschlag einzelnen Namen mehr Stimmen (bis zu drei) zugewiesen werden, wenn z. B. auf die Wahl einer gewissen Person besonderer Wert gelegt wird. Man legt zu diesem Zweck hinter einen Namen die Zahl 2 oder 3. Zusammen dürfen aber die Zahl der Namen und die der Mehrstimmen die Zahl der zu wählenden Gemeindegewahlmitglieder nicht übersteigen. Dieses Verfahren nennt man das Kumulieren. Jeder Wähler kann auch die Kumulierung von sich aus vornehmen; andere Namen als die in den Wahlvorschlägen enthaltenen dürfen aber auf einen Wahlvorschlag nachträglich nicht gesetzt werden. Solche Änderungen sind ungültig.

In Gemeinden unter 5000 Einwohnern kann der Wähler auf seinen Wahlvorschlag auch Namen setzen, die auf Wahlvorschlägen anderer Vereinigungen oder Parteien stehen, ja er kann aus solchen Namen einen durchaus eigenen Wahlzettel zusammenstellen (panaschieren). Bedingung ist aber, wie bemerkt, daß die Namen auf irgend einem gültigen Wahlvorschlag stehen.

Die Wahl des Gemeinderats erfolgt auf 6 Jahre. Nach dem neuen Gesetz sind auch Gemeindegewahlbeamte wählbar. Die Zahl der Gemeindegewahlbeamten beträgt in Gemeinden erster Klasse 14 bis 20, zweiter Klasse 10 bis 16, dritter Klasse 6 bis 12, in mittleren Städten 18 bis 30, in Städten von 50000 bis 100000 Einwohnern 24 bis 44, darüber 40 bis 72. Die Wahlen sind stets an einem Sonntag vorzunehmen.

Kumulieren, Panaschieren, Listenverbindung.

Da die Wahlen zur Landes- und zur Nationalversammlung jede Veränderung an den Wahlvorschlägen ausschloß und nur die Listenverbindung zuließ, besteht jetzt für die Gemeindegewahlen, bei denen Stimmhäufungen und das Herübernehmen von Kandidaten von andern Zetteln erlaubt, manche Unsicherheit. Wir schicken voraus, daß eine schon bei Einreichung des Wahlvorschlags vorgenommene Stimmhäufung ohne Bedeutung ist. Dagegen kann der Wähler einem Kandidaten bis zu drei Stimmen zuwenden (kumulieren). Dies kann schon auf den Parteistimmzetteln erfolgen oder kann es der einzelne Wähler für sich tun. Doch stehen jedem Wähler insgesamt nur soviel Stimmen zu, als Personen zu wählen sind. Beträgt die Zahl der zu Wählenden z. B. 8 und werden einem Kandidaten 3 Stimmen zugewendet, so können nur noch 5 Stimmen vergeben werden, und zwar an 5 Kandidaten je eine Stimme, oder an einen Kandidaten drei, den anderen zwei Stimmen, oder an zwei Kandidaten zwei und an einen weiteren eine Stimme. Ergibt der Wähler aus Versehen zuviel Stimmen, so werden bei der Stimmzählung am Schluß des Zettels entsprechend viel Namen gestrichen. Die Stimmhäufung erfolgt dadurch, daß dem Namen des Kandidaten die Zahl 2 oder 3 beigelegt wird.

Das Kumulieren hat die Bedeutung, daß z. B. in einer Gemeinde, in der die Deutsche demokratische Partei wenig Anhänger hat, in welcher sie aber trotzdem vollständig vorgeht, sie nicht genötigt ist, die volle Zahl von Kandidaten aufzustellen. Wenn z. B. 8 Gemeindegewahlbeamte zu wählen sind, so kann sich in diesem Fall die Deutsche demokratische Partei darauf beschränken, drei Kandidaten aufzustellen und zwei derselben je 3 und einem 2 Stimmen zu geben, wodurch der Partei keine Stimme verloren geht.

Unter Panaschieren versteht man das Recht des Wählers, die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen beliebig auszuwählen. Dieses Recht steht den Wählern in allen Gemeinden zu, in denen nach dem Proporz gewählt wird, nur nicht in den großen Städten, d. h. in den Städten mit über 50000 Einwohnern. Jeder Wähler kann sich also seinen Stimmzettel selbständig zusammenstellen. Zwar ist er an diejenigen Kandidaten gebunden, die auf einem der amtlichen Wahlvorschläge enthalten sind. Früher konnten auch solche Personen gewählt werden, die gar nicht vorgeschlagen waren. Dies hat durch das neue Gesetz aufgehört.

Das gestrichelte Parteimitglied wird selbstverständlich den Parteizettel unverändert abgeben.

Bei einem panaschierten Stimmzettel zählen die abgegebenen Stimmen verschiedenen Parteien. Wenn z. B. auf einem Stimmzettel, der von der Bürgerpartei ausgegeben worden ist und der 8 Kandidaten der Bürgerpartei enthält, 5 Kandidaten gestrichen wurden und an ihre Stelle 5 von der Deutschen demokratischen Partei gesetzt wurden, so erhalten aus diesem Stimmzettel bei der Stimmzählung die Bürgerpartei 3 Stimmen, die Deutsche demokratische Partei aber 5 Stimmen.

Die Listenverbindung ist von den Wahlen zu den versammlungsgebenden Versammlungen her noch in frischer Erinnerung, wo die Konservativen, Bürgerpartei und Bund der Landwirte, um die Wähler irre zu führen, drei verschiedene Wahlvorschläge eingereicht haben, um von dem Ueberhang ihrer Wahlzettel zu profitieren. Auch bei den Gemeindegewahlen können die Wahlvorschläge verbunden werden; dadurch wirken die verbundenen Wahlvorschläge denen anderer Parteien gegenüber wie ein einziger Wahlvorschlag. Die Unterzeichner der betreffenden Vorschläge müssen spätestens 6 volle Tage vor dem Wahltag eine entsprechende Erklärung abgeben. Die Verbindung hat eine große Bedeutung bei der Berechnung der Stimmzahl; es kann unter Umständen einer kleineren Partei zu einem Sitz verholfen werden, der ihr sonst entgehen würde. Die Verbindung von Wahlvorschlägen ist nur dann gültig, wenn alle Unterzeichner der betreffenden Vorschläge oder die Vertreter der betreffenden Wählervereinigungen innerhalb der bezeichneten Frist übereinstimmend dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes gegenüber schriftlich die Erklärung abgegeben haben, daß die betreffenden Wahlvorschläge miteinander zu einer Gruppe verbunden sein sollen. Ein Wahlvorschlag kann nur einer einzigen Gruppe verbundener Wahlvorschläge angehören, es ist also nicht möglich, daß eine Partei gleichzeitig Verbindung mit mehreren anderen Parteien eingeht, sofern diese anderen Parteien nicht auch unter sich wieder verbunden sind.

Demokratischer Jugendtag.

Von Max Wiepker.

Vorsitzender des Deutsch-demokr. Jugendvereins Groß-Berlin. D.P.G. Die Deutsche demokratische Partei hat Wurzel geschlagen in der deutschen Jugend. Sie hat eine eigene starke Jugendbewegung. Der am Sonnabend und Sonntag in Berlin abgehaltene Jugendtag hat das ohne jeden Zweifel erkennen lassen.

Das Ergebnis der zweitägigen sachlichen Beratungen, die von jugendlichem Temperament und von starkem Idealismus getragen waren, ist die Gründung des Bundes der Deutschen demokratischen Jugendvereine. Damit hat die Jugendbewegung eine einheitliche Organisation über das ganze Reich erhalten, die den Zweck verfolgt, sämtliche auf dem Boden der Deutschen demokratischen Partei stehenden Jugendvereine organisatorisch zusammenzufassen, und zwar unter enger Anlehnung an die Organisation der Gesamtpartei. Keine neue Sonderpartei soll mit dieser Jugendorganisation geschaffen werden. Die jungen Demokraten wollen nur das Ziel verfolgen, die gesamte Partei jung zu erhalten und ihre dauernde Lebenskraft zu verschaffen. Die Jugend ist erfüllt von erlebter Demokratie und wahrhaft sozialem Empfinden. Das zeigte die Aussprache über die von Professor Obst im Namen der schweizerischen Organisation unterbreiteten Richtlinien, an deren Spitze die Forderung steht: „Ueberwindung des politischen Gegensatzes von Herrschenden und Beherrschten durch wachsende Solidarität“. Die rein formale Demokratie soll auf allen Gebieten ersetzt werden durch das praktische Auswirken. Es gab keine Meinungsverschiedenheiten über diese Ziele, und nachdem sich diese sachliche Uebereinstimmung in den grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen gezeigt hatte, war es die selbstverständliche Folge, die lokal entstandenen Jugendvereine entsprechend der Anregung der Berliner Organisation einheitlich zusammenzufassen. Diese einheitliche Organisation soll ihren sichtbaren Ausdruck finden auf einem allgemeinen Jugendtag, der im Zusammenhang mit dem Parteitag der Gesamtpartei in Kassel abgehalten werden soll.

Unbelehrbar!?

Von Dr. Erich Schmid-Stuttgart.

D.P.G. Heute wird überall soviel von der neuen Freiheit gesprochen. Im Namen der Freiheit verlangt Spartakus die Rätediktatur, also die politische Knebelung und Entrechtung der Mehrheit des deutschen Volkes. Im Namen der Freiheit terrorisieren die Unabhängigen in den Betrieben, wo sie die Mehrheit haben, die anders denkende Arbeiterchaft, insbesondere auch die Mehrheitssozialdemokratie. Wegen dieser Ungerechtigkeit stemmen sich diese natürlich und berufen sich solchen Versuchungen gegenüber auf die Freiheit und auf die Gleichberechtigung. Man sollte also glauben, daß ihnen das Gefühl für wahre Frei-

heit und Weichheit unerschütterlich innewohne. Das ist jedoch ein großer Irrtum. Man hat nichts gelernt und nichts vergessen. Ueberall, wo die freien Gewerkschaften es machen können, handeln sie genau so unbedingbar wie die Unabhängigen oder Spartakus. Man verneht beispielsweise bei dem Abschluss von Tarifverträgen die Teilnahme anderer Arbeiterverbände als die freien Gewerkschaften zu hinterreiben, indem man sie einfach von den Verhandlungen ausschließt. Es sind dies keine Einzelerscheinungen, es liegt vielmehr System in der Sache. Folgende Arbeiterführer und demokratische Abgeordnete der Nationalversammlung Ertel, Gleichauf, Hartmann, Pif, Ziegler hatten deshalb an die Regierung nachstehende Anträge gestellt:

In verschiedenen Städten des Reiches wird von radikalen Elementen auf organisierte Arbeiter ein Druck ausgeübt, sie zum Austritt aus ihren Gewerkschaften und zum Uebertritt in die freien Gewerkschaften zu bewegen. Beim Abschluss von Tarifverträgen wird von derselben Seite die Teilnahme anderer Arbeiterverbände abgelehnt. Am 8. und 9. März d. J. hat der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung für Thüringen in Weimar einen Vertragsabschluss vermittelt, wonach nur Arbeiter, die in freien Gewerkschaften organisiert sind, neu eingestellt werden dürfen.

Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt? Welche Schritte gedenkt sie zu tun, um das freie Koalitionsrecht im demokratischen Staat zu schützen?

Auch die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Stuttgart und Frankfurt lehnte ein gemeinsames Handeln mit dem Gewerkschaftsbund Deutscher Metallarbeiter und dem Christl. Metallarbeiterverband beim Abschluss eines Kollektivvertrags für die Metallindustrie von Württemberg, Baden und Hessen ab. Bei den Verhandlungen am 29. April in Heidelberg verweigerte der Bezirksleiter Vorchöler den gegnerischen Arbeiterorganisationen die Teilnahme, derselbe Politiker, der am 26. April in der Landesversammlung in Stuttgart die Politik der Regierung gegenüber den Unabhängigen mit dem Schlagwort verteidigte: „Sozialismus ist Gemeinschaftsarbeit.“ Das war der Abg. Vorchöler. Der Gewerkschaftler Vorchöler schlägt seinem politischen Glaubensbekenntnis mit den reaktionärsten Mitteln der stumpfen Gewalt ins Gesicht und sonnt sich bei der Gewerkschaftsbewegung im Lichte der Diktatur und Gewalt. Spartakus bekommt folgerweise ein aufmunterndes Vorbild und wenn der Sozialismus als Gesinnung es nicht einmal soweit bringt, daß die freien Gewerkschaften jenseit der politischen zwar auf anderem Boden stehen, aber in den wirtschaftlichen Fragen der Tarifverträge gemeinsames Handeln vorschlagen, in ihrer Interessenvertretung gegen den Unternehmer zusammengehen, wie soll sich dann eine Gemeinschaftsarbeit im Staatsleben mit anderen Berufsständen zusammen entwickeln können? Nach allem ist es ein Kampf um die Macht der jenseitigen Regier, weil er offen auf die Diktatur loszielt; wer aber im Verlangen von Gemeinschaftsarbeit eine Verbandsdiktatur auf der Arbeiterseite aufstellt, handelt zwiefältig, weil er dabei große Worte mißbraucht.

Vermischtes.

Körperspiele. Die Universität Freiburg i. B. beginnt im Sommersemester mit dem ersten Teil eines Lehrgangs in der Leibesübungen. Es finden Übungen statt in den Turn- und Sportspielen, in Leichtathletik und Schwimmen. Daneben laufen Vorlesungen über Geschichte, Pädagogik, Psychologie, Hygiene der Leibesübungen, über ihre Organisation und Technik, endlich über Geschichts- und Spielplatzanlagen.

Abgelehnt. Die Stadtverordneten in Hagen (Westfalen) haben den Antrag, die Kaiserbilder aus dem Sitzungssaal zu entfernen, abgelehnt.

Lebensmittel. An der deutsch-dänischen Grenze herrscht ein fieberhafte Lebensmittelspekulation. Seitdem die dänische Regierung die Einfuhr und den Verkauf kleiner Mengen von Lebensmitteln gestattet hat, kommt auf erlaubten und verbotenen Wegen über die Grenze, was nur irgendwo zu erreichen ist. In Danemark werden für 1 Pfund echten Tee 10 Mk. bezahlt, auf dem Wege durch Schleswig bis 70 Mk. pro Pfund. Guter Kakao wird in Dänemark mit 3,50 Mk. das Pfund verkauft, kann über die Grenze nimmt der Wucher 50 Mk.; ein Stück Butter schnell von 150 Mk. auf 10 Mk. in die Höhe. Butter kostete in Südjütland bis jetzt noch etwa 2 Mk. das Pfund, einige Stunden weiter im Preussischen bereits 28 Mk. und mehr. Mit ähnlich verhalten sich die Preise für Kaffee, Mehl, Zucker und Gewürze. Dänemark ist reich an Lebensmitteln, und die ungeheure Mengen Speck plötzlich ins Land kommen, wird die Rationierung von Speck in kurzer Zeit freigegeben, dann beginnt der Wucher sich auch dieses Nahrungsmittels zu bemächtigen.

Der Tunnel unter der Meeresstraße von Messina wird, wie das „Giornale Sicilia“ mittelt, eine Länge von 5 Kilometern haben. Er ist ganz in Fels gehauen und deshalb gegen Erdbeben wie Seebeben vollkommen sicher. Der Eingang befindet sich bei Sant'Agata Vigata, der Ausgang bei Puntaeja.

Die amerikanischen Kriegskosten veranschlagt der amerikanische Abgeordnete Cordell Hull, Mitglied des Finanz Ausschusses vom 1. April 1917 bis 30. Juni 1919 auf 30.205 Millionen Dollar. Er knüpft daran in recht amerikanischer Weise folgende Vergleiche: Diese amerikanischen Kriegskosten sind etwa 1/4 der englischen (40.840 Mill. Dollar), sie sind 1/3 größer als die französischen Schulden (23.400 Mill. Dollar), doppelt so groß wie die italienische Schuld (16.400 Mill. Dollar) und 15 mal so groß wie die kanadische Kriegsschuld (2000 Mill. Dollar). Der Bürgerkrieg kostete (mit 6190 Mill. Dollar) nur ein Fünftel. Andererseits trägt die Verluste an Privatvermögen usw. schätzt Hull die gesamten Kriegskosten auf 200.000 Millionen Dollar, denen er das gesamte amerikanische Nationalvermögen mit 250.000 Millionen Dollar zum Vergleich gegenüberstellt.

Feuerbrand. In Tokohama (Japan) zerstörte eine Feuerbrand 3500 Gebäude. Der Schaden beläuft sich auf 20 Millionen Mk. Viele Personen wurden verletzt, 16 wurden ermordet.

V.V.O. Was die Freunde des Räteplans wollen. Der Berliner Organ der Unabhängigen die „Freiheit“, hat in einem Aufruf an die „werkthätige Volk“ den auf dem Reichkongress der Arbeiter- und Soldatenräte angenommenen Antrag über das Räteplan scharf verurteilt, weil er angeblich die schmerzlose Ausrufung des Kapitals an die neuen Verhältnisse, bedeute die „Freiheit“ sagt:

„Wie als Verfechter des reinen Rätegedankens haben diesen Antrag ablehnen müssen. Wir verlangen eine Räteorganisation, die den Hand- und Kopfbestern das volle Selbstbestimmungsrecht im Staats- und Wirtschaftsleben sichert. Nur auf diese Weise kann nach unserer festen Ueberzeugung der Sozialismus auf dem schnellsten Wege verwirklicht werden.“

Domit wird offen ausgesprochen, was der „Freiheit“ als Ideal vorsteht: Die Räte sollen das volle Selbstbestimmungsrecht haben, das heißt mit anderen Worten, sie allein sollen bestimmen, was geschehen soll. Denn was Selbstbestimmungsrecht im Betriebe heißt das haben wir in den letzten Wochen zur Genüge gesehen. Es ist eine Farce, in einem solchen Fall überhaupt noch von einem Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern zu sprechen.

Am 30. April morgens verzeichnete die Erdbenenwaage in Hohenheim eine starke Erdberschütterung auf die Entfernung 17.000 bis 18.000 Kilometer. Die Instrumente waren über 4 Stunden in Bewegung.

Die Schlachtfelder in Frankreich. Ein Engländer, der kürzlich die Schlachtfelder von Arras besuchte, berichtet, er sei von dem, was er gesehen, ganz erschüttert. Er habe keine Spur mehr von Schützengräben oder Granattrichtern gefunden. Die Felder waren bestellt und o. Dauen demohnen kleine Häuser von Weizen und Getreide. Die braune Wüste vom vorigen Jahr sei jetzt bebautes Land. Die Trümmer der alten Dörfer seien weggeräumt und überall zeige sich neues Leben.

Bombenanschlag. Von den Postbehörden in Washington wird bekanntgegeben, daß in Postsendungen 17 Höltenmaschinen entdeckt wurden, die an hochstehende Beamte, darunter Kabinettsmitglieder, adressiert waren.

D.F.G. Vorschläge zum Räteplan. Der Hauptvorstand des Gewerkschaftsverbands Deutscher Metallarbeiter hat in einer Einschüßung Stellung zum Räteplan genommen, aus der hervorgeht, daß aus der freien Vereinbarung der Gewerkschaften und Gewerkschaften der Arbeiter und Angehörigen eines Betriebszweiges der Aufbau des Räteplans erfolgen solle. Diernach sind Fachgruppen und Bezirksgruppen zu errichten. Die Fachgruppen setzen sich aus Betriebsausschüssen der Arbeiter und Angestellten zusammen mit dem Rechte, an allen Angelegenheiten des Betriebes mitzuwirken sowie aus den Fachansprechern des Industriezweiges. Diese zusammen genommen, bilden eine Arbeitsgemeinschaft aller Fachgruppen für das Reich in paritätischer Zusammenarbeit. Die Bezirksgruppen setzen sich aus den örtlichen auf paritätischer Grundlage zusammengefügten Vertretungen der Verbände der Unternehmer und Arbeiter zusammen, um dann für größere Gebiete (etwa Oberamt) zu Arbeitsgemeinschaften zusammenzutreten. Aus den tatsächlichen Verbänden einerseits und den Bezirksverbänden andererseits wird ein Reichsverband gewählt. Die besondere Aufgabe der Räte soll in der Förderung der Produktion, in der Ausübung des Selbstverwaltungsrechtes der Beteiligten im Gewerbebetrieb, in der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik bestehen. Der Reichsverband hat die allgemeinen Angelegenheiten der Wirtschaft, er erläßt Ausführungsverordnungen für die vom Reichstage beschlossenen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen und hat das Recht, der Regierung Gesetzesentwürfe zu unterbreiten. Dieser Vorschlag hat das eine Gute, daß er den Fehler des Schlagwortes: „Alle Macht den Räten!“ vermeidet und den Gedanken der Demokratie, der Gleichberechtigung aller Staatsbürger auf politischem Gebiet, beibehalten läßt.

Beschränkung der Freizügigkeit. Wegen der Wohnungsnot dürfen nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern im ganzen Land Württemberg Wohnungen an Personen, die nach dem 1. Mai 1919 in Württemberg zugezogen sind, nur mit Einwilligung der Ortspolizeibehörde überlassen werden. Der Aufenthalt landfremder Personen in Gasthäusern, Pensionen und ähnlichen Unterkünften, darf ohne besondere Erlaubnis die Dauer von drei Tagen nicht übersteigen. An Personen, die nach dem 1. Mai nach Württemberg zugezogen sind, dürfen Lebensmittelkarten nur verabfolgt werden, wenn sie eine Anmeldebescheinigung vorlegen können.

Arbeitsmarkt. Am 1. Mai betrug in Württemberg die Zahl der offenen Stellen für männliche Arbeitskräfte 2175, der männlichen Stelleninhaber 10.734. Bei den weiblichen Arbeitskräften wurden 1894 offene Stellen und 3821 Stelleninhaber gemeldet. Nach den Meldungen der Arbeitsämter wird die Lage durch den Mangel an verschiedenen Rohstoffen, hauptsächlich an Kohle und Baumaterialien, beeinflusst, so daß mit weiteren Einschränkungen und Schließungen der Betriebe zu rechnen ist. Ueber die Abneigung der in der Industrie tätig gewordenen weiblichen Personen gegen die Annahme von Dienstellen wird überall geklagt.

Fürst Bülow, der vierjährige Kanzler des Reichs, feierte letzte Woche den 70. Geburtstag. Bernhard v. Bülow wurde am 3. Mai 1849 in Klein-Flotbeck bei Hamburg geboren. Er war Staatssekretär des Auswärtigen vom 28. Juni 1897 an; im Oktober 1900 wurde er zum Reichskanzler berufen, um dann am 28. Juni 1909 von Bethmann Hollweg abgelöst zu werden. Im Dezember 1914 wurde Bülow als außerordentlicher Botschafter beauftragt, den Abfall Italiens zu verhindern. — es war aber zu spät.

Die Mai feiern haben nach den aus dem Lande vorliegenden Nachrichten überall einen ruhigen, würdevollen Verlauf genommen. Fast in allen Städten und Industrievierteln wurden Festveranstaltungen mit Ansprachen abgehalten, die zu Kundgebungen für den Kampf für Sozialismus und Demokratie, Volkfrieden und Volkserziehung sich gestalteten. Die Feiern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften waren meist vereint und vielerorts nahmen an ihnen auch bürgerliche Kreise teil; die Unabhängigen und Spartakisten hielten getrennte Feiern ab. Soweit das Wetter es erlaubte, fanden in manchen Orten Umzüge statt.

An der Mai feier in Ulmer Münster nahmen 12.000 Personen teil. Nach einer Ansprache des Dekans H. Herzog hielt Abg. Göhring (Soj.) von der Kanzel aus die Rede.

Sonnenfinsternis. Am 29. Mai findet eine völlige Sonnenfinsternis statt, die aber nur im südlichen Atlantischen Weltmeer und in Afrika sichtbar ist.

Gehalt und Diäten. Die neuen württ. Staatsminister beziehen, soweit sie Mitglieder der Landesversammlung sind, neben den Ministergehältern, in derselben Höhe wie unter der königlichen Regierung, noch ihre Landtagsdiäten mit 30 Mk. täglich. Finanzminister Reichling hat auf den Bezug der Landtagsdiäten neben seinem Ministergehalt ausdrücklich verzichtet.

Für arbeitswillige Landarbeiter wird das Reichsverwertungsamt in dringenden Notfällen aus Heeresbeständen Kleider zur Verfügung stellen und zwar im Höchstmaß eine Wolldecke und eine Garnitur Wäsche. Der Abgabepreis beträgt 4 bis 10 Mark für ein Hemd, 4,50 bis 8 Mk. für ein Beinkleid, 3 bis 5 Mk. für ein Paar Strümpfe, 10 bis 18 Mk. für eine Wolldecke. Die Gegenstände werden nach dem Gutachten der Zweiklassen des

Reichsverwertungsamts im Wege des üblichen Bezugsscheinverfahrens durch die Kommunalverbände geliefert.

Der amerikanische Speck. Aus Heidelberg wird berichtet, in zwei Speckseiten der amerikanischen Sendung seien Zeichnungen festgestellt worden. Die Speckverteilung wurde einstweilen noch verschoben.

Die Obstblüte.

Der „W. J.“ wird geschrieben: In diesem Jahre liegen die Verhältnisse vorerst noch nicht ungünstig. Der Januar brachte eine Anzahl unverhältnismäßig warmer Tage, so daß das Pflanzenleben zu einem viel zu frühen Zeitpunkt geweckt wurde. Der Rückschlag gegen Monatsende hat das Pflanzenleben wohl etwas aus dem Gleichgewicht gebracht, aber doch kaum nennenswerten Schaden verursacht. Der Blütenanfang war bei fast allen Obstarten ein reichlicher, wie dies nach dem vorhergegangenen trockenen Jahre nicht anders erwartet wurde. Der durchweg naive und kalte März und April haben die Entwicklung zurückgehalten. Der launische April hat in seiner letzten Hälfte an einzelnen warmen Tagen die Frühblüher, Pfirsiche, Aprikosen und Kirschen zum Ausblühen gebracht. In der Nacht vom 22. auf 23. April kam der Kitz mit 3 bis 8 Grad Kälte, je nach Höhenlage. Ein großer Teil des Blütenansatzes ist dadurch vernichtet worden. Wenn wir von einem Blütenbüschel eine einzelne Blüte abnehmen, und diese der Länge nach durchschneiden, so erkennen wir sofort an dem in der Mitte stehenden, am unteren Ende keulenförmig verdickten Griffel, ob die Blüte verloren ist. Zeigt sich der Griffel schwarz, so ist die Blüte erfroren, zeigt er sich saftig grün, so ist die Blüte noch gut. Eingehende Untersuchungen haben ergeben, daß bei den allermeisten Bäumen sämtliche Blüten erfroren waren; es ist dies nur bei einzelnen in zugiger Lage stehenden Kirschenbäumen der Fall. Viele vollausgewachsene Blüten sind gut durch den Frost gekommen — besonders Pfäusen und Weichsel —, während manche noch ganz unansehnliche Blütenknospe bei Birnen und Apfeln einen erfrorenen Griffel zeigt. Wenn auch nur ein Bruchteil des diesjährigen Blütenansatzes durchkommt, so dürfen wir noch auf eine befriedigende Ernte hoffen! In den höheren Lagen war die Natur noch so weit zurück, daß trotz der hohen Kältegrade an Kirschen und Birnen wenig Schaden zu sehen ist; die Kirschen haben allerdings dort umso mehr gelitten.

Alles hängt jetzt von den nächsten Tagen ab. Die Natur drängt mit Macht zur Entfaltung. Bekommen wir, was bei dem nach Westen umgeschlagenen Wind zu hoffen ist, bald wärmere, sonnige Tage, so daß die Bienen und Hummeln die Blüten fleißig besüßeln können, dann dürfen wir auf guten Fruchtanfang im allgemeinen hoffen.

Die Kirschenblüte in der Weinheimer Gegend (Baden) ist beendet. Die Obstansichten sollen infolge der unglücklichen Witterung sehr gering sein. An der Bergstraße scheinen die Verhältnisse günstiger zu liegen als in der Rheinebene.

Der Bohnensaat. In Göttingen bei Altenberg mußte in den letzten Tagen der Bohnensaat die Wege frei machen. In einer Hochzeit in Sommerfeld (Sa. Naumb.) fanden sich die Bohnen teilweise im Schilfen an.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr.

Die „Abteilung der Reichsbank für bargeldlosen Zahlungsverkehr“, die vor einem Jahr, am 2. Mai, gegründet wurde, berichtet über ihre Tätigkeit seit der Gründung: In den 5 Monaten seit der Revolution vom 9. Februar 1918 bis 9. April 1919 ist der Umlauf an Noten und Darlehenstaschen allein um 10,1 Milliarden gewachsen, während die Steigerung während der ganzen Kriegszeit bis zum Revolutionstag nur 23,5 Milliarden Mark betrug. Aus dieser Steigerung des Papiergeldumlaufs ergibt sich die Notwendigkeit der Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. 711 Landes-, Provinzialstellen und Ortsgruppen, meist im Anschluß an eine Reichsbankfiliale, sind errichtet worden, die unter der Abteilung der Reichsbank für bargeldlosen Verkehr arbeiten. Eine besonders bedeutende Aufgabe der Abteilung ist die Revision des geltenden Rechts, das meist noch der Zeit entstammt, die dem bargeldlosen Zahlungsverkehr fremd gegenüberstand. Es wird angestrebt werden müssen, daß auch Mittel des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hinsichtlich der Erfüllung dem kurzfristigen Geldes gleichgestellt werden; denn zurzeit steht das bürgerliche Gesetzbuch als Erfüllung einer Geldforderung nur die Zahlung in kurzfristigen Geldes an.

Das wichtigste Arbeitsfeld der Zentralstelle besteht in der Verbesserung der Organisation im bargeldlosen Zahlungsverkehr, der Bargeld ersparenden Mittel und ihrer Anwendung, des Abrechnungs-, Ueberweisungs- und Scheckverkehrs. Es gelang, namentlich auch die staatlichen und Gemeindefinanzen und Behörden in immer wachsendem Maße für den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu gewinnen, sie zur Errichtung von Konten und deren weitgehende Benutzung zu veranlassen, so bei Zahlungen von Gehältern usw., bei Entrichtung von Zoll- und Frachtgebühren, Schulgeltern usw. Namentlich im behördlichen Bereich konnten durch Verzicht auf Contingentierung der Geldempfänger und deren Ertrag durch Contingenten der geldvermittelnden Institute erhebliche Ersparungen erzielt werden. Als besonders fruchtbringend hat sich das Zusammenarbeiten zwischen der Reichsbank und der Post erwiesen. Um eine organische Verbindung des Post- und Reichsbankverkehrs zu ermöglichen, hat die Reichsbank bereits die dieses Ineinandergreifen hemmenden Gebühren ermäßigt oder wegfallen lassen. Mit einer völligen Aufhebung der für Ueberweisungen von Postkäse auf Reichsbankgironoten noch erhobenen Gebühren wird in Kürze zu rechnen sein.

Baden.

(*) Karlsruhe, 5. Mai. Wie bereits mitgeteilt, wird der Landtag am Mittwoch wieder zuammentreten.
(*) Karlsruhe, 5. Mai. Die amtliche Kartographie

374" schreibt, die Regierung sei nach eingehender Beratung mit dem Ernährungsrat nicht in der Lage, die Forderung der Kuhhalter nach Erhöhung des Milchpreises stattzugeben. Die Herstellungskosten seien wohl gestiegen, aber die Landwirte müssen ihre sonstigen Einnahmen mit in Berechnung ziehen, wobei sich ein günstiges Gesamtergebnis herausstellen werde. Die Milchpreiserhöhung würde sofort eine Erhöhung des Butterpreises zur Folge haben.

Die Kommunalverbände wurden ermächtigt, auf Antrag ausnahmsweise Sanktionszinsen in solchen Gemeinden zuzulassen, die mindestens 80 Prozent der vorgeschriebenen Buttermenge abliefern.

(*) **Karlsruhe**, 5. Mai. In Durlach fand am Samstag die 5. Landesversammlung der Arbeiter, Bauern, Volks- und Soldatenräte statt, die von 133 Vertretern besucht wurde. Landtagsabg. Maier-Heidelberg kritisierte, daß durchaus nicht alle Organisationen des Landes auf dem neuorientierten Standpunkt stehen. Man müsse von der Regierung erwarten, daß überall, wo ein Beamter der alten Richtung durch eine Kraft der neueren Richtung ersetzt werden könnte, dies alsbald geschehe. Der Redner behauptete, daß die Sozialdemokratie im neuen Ministerium einschließlich der Staatsräte unter 13 Mitgliedern durch nur 5 Genossen vertreten sei. Minister Kemmerle kam auf die Lebensmittelversorgung zu sprechen, mit der der gute Ausweg der Revolution stehe und falle. Die Regierung dringe deshalb darauf, daß die Landwirte ihrer Ablieferungs-pflicht nachkommen und die Kommunalverbände richtig arbeiten. Nach den Gemeindevahlen werde eine neue Zusammenfassung der Kommunalverbandsausschüsse erfolgen.

Im März erwehren dürfen nur Personen angehören, die auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse stehen und nicht Mitglieder der Deutsch-nationalen Volkspartei sind. Ferner dürfen keine Offiziere dabei sein, die sich als kaiserlich bezeichnen. Wenn es aber notwendig ist, daß solche Wehken und Freiwilligenbataillone gebildet werden, so ist dies nur der Fall wegen der Agitation der äußeren Linken. Die A- und S-Räte braucht man solange, bis die Erfolge der Revolution gesichert sind. Dies wird der Fall sein, wenn die Gemeinde-, Kreis- und Bezirksverwaltungen erledigt sind.

In der Nachmittags-Sitzung legte der Abg. Dr. Kraus folgende Entschliessung vor: Die Landesversammlung lehnt die Räte als politische Körperschaften ab und stellt sich auf den Boden der Reichsvorlage betr. die Schaffung von Arbeiter- und Wirtschaftsräten. Sie fordert die bad. Regierung auf, sofort im Benehmen mit der Landeszentrale und den Gewerkschaften ein Gesetz auszuarbeiten über die Arbeiter- und Wirtschaftsräte. Zugleich fordert sie die sofortige Einsetzung einer Sozialisierungskommission, die die wirtschaftlichen Verhältnisse badens zu prüfen und praktische Sozialisierungsvorschläge auszuarbeiten hat. In der Aussprache wurde von fast allen Rednern das Räteystem abgelehnt.

(*) **Mannheim**, 5. Mai. Im Geschäftsgebäude des Stahlwarenhauses Aemir Händler entstand gestern Großfeuer. Der Dachstuhl, die Büroeinrichtungen und ein Teil der Geschäftsbücher wurden vernichtet. Der Schaden beträgt etwa 150.000 Mk.

(*) **Mannheim**, 5. Mai. Die Arbeitslosen verlangen die Zahlung der Sonntage und zwar Nachzahlung vom 1. April ab. Da der Stadtrat dazu aber nicht zuständig ist, hat er sich an die Reichsregierung und an die badische Regierung gewandt.

(*) **Mannheim**, 5. Mai. Aus einer Braunschweiger kommunistischen Zeitung geht hervor, daß Eichhorn sich in Mannheim versteckt hält.

(*) **Mannheim**, 5. Mai. Ein raffinierter Raubmord wurde an der 20 Jahre alten Ehefrau Anna des Zimmermanns Rauber in der Schwieger Vorstadt verübt. Bei ihr erschien ein unbekannter Mann, der angab, ihre Kartoffelvorräte nachkontrollieren zu müssen. Die Frau ging mit ihm in den Keller, wo er sie dann durch Stiche in

den Hals ermordete. Als der Chemann später nach Hause kam und seine Frau suchte, fand er sie tot im Keller vor. Der Mörder muß nach der Tat der Frau die Schlüssel abgenommen haben und in die Wohnung eingedrungen sein, da aus derselben 1200 Mk. verschwunden sind.

(*) **Heidelberg**, 5. Mai. Das Hotel „Victoria“ ist zum Preise von 910.000 Mk. in den Besitz der Gebrüder Gabler und des Hoteliers Erich Wählmann übergegangen, wodurch die beiden größten hiesigen Hotels „Europäischer Hof“ und „Victoria“ vereinigt sind.

(*) **Lauda**, 5. Mai. Am 30. April 9 Uhr 15 abends sind während der Ausführung von Verschiebewegungen in Kirchheim bei Würzburg die 8 hinteren Wagen des Güterzugs 6721 in Gang geraten und auf die freie Strecke gegen Wittighausen entlaufen. Bei Gauhüttelebrunn stießen sie auf eine von Lauda kommende leere Lokomotive auf. Beide Gleise waren bis gegen 1 Uhr nachts gesperrt. Der auf dem Schlusswagen befindliche Bremser Franz Heberlein von Würzburg ist dabei tödlich verunglückt.

(*) **Offenburg**, 5. Mai. Der durch die Negerangriffe stark mitgenommene Bahnhof wird zurzeit der Ausbesserung unterzogen. Das hiesige Theater soll gemeinschaftlich betrieben werden.

(*) **Urfen**, 5. Mai. Ueber eine „Internationale Verbrüderungsfest“ zum 1. Mai wird berichtet: Der Sozialdemokratische Verein Urfen veranstaltete einen Anzug, daran anschließend eine Unterhaltung in der Wirtschaft z. „Kanone“. In dieser Unterhaltung kamen auch 6 junge Franzosen von der Vorporkenkette. Von Seiten der Vereinsangehörigen wurde internationale sozialistische Verbrüderung gefeiert. Mitten in diese Feier hinein trachte plötzlich ein Schuß, der einem der Franzosen aus seinem Dienstgewehr, das jedenfalls nicht geladert war, losging; die Gewehre wurden entladen und dabei zum Glück ein Schuß los, ebenfalls durch die Fete, zum Glück ohne größeren Schaden anzurichten.

(*) **Neerburg**, 5. Mai. Für die hiesige Bürgermeisterei haben sich 18 Bewerber gemeldet.

Württemberg.

(*) **Stuttgart**, 5. Mai. (Prozess Hirnke) Eine Anzahl von Jungen in dem Prozess Hirnke und Wen wegen Aufruhrs ist flüchtig und hält sich versteckt. Die glatte Durchführung der Schwurgerichtsverhandlung erscheint daher neuerdings in Frage gestellt.

(*) **Stuttgart**, 5. Mai. (Armer Sänder) Der 21 Jahre alte Hauswache Hermann Schwaibmann von Fellbach änderte auf einer Bescheinigung des Schultheißenamts Fellbach das Datum 31. Dezember in 14. Dezember 18 ab, um sich dadurch in den Besitz von mehr Lebensmitteln zu setzen. Das Schwurgericht bestrafte ihn mit 1 Woche Gefängnis.

(*) **Stuttgart**, 5. Mai. (Ausgerissen) Der gefährliche Ausbrecher Eugen Riegert, der von der Strafkammer hier wegen Einbruchdiebstahls zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist auf der Fahrt nach Ludwigsburg mit drei anderen Schwerverbrechern aus dem Zug ausgebrochen.

(*) **Stuttgart**, 5. Mai. (Verhaftung) Der 35jährige Friseur Eugen Schumacher von Sindelfingen und der 42jährige Architekt Robert Pöhlte von Vieberich a. Nh. haben einer Wirtin aus Schweningen, die hier Zigaretten einkaufen sollte, durch falsche Vorprägungen den Betrag von 1200 Mk. abgenommen. Beide sind verhaftet; ein Teil des Geldes wurde gerettet.

(*) **Stuttgart**, 5. Mai. (Milchpreis) Der Preis für ein Liter Magermilch wurde von der Stadtverwaltung auf 34 Pfg. festgesetzt.

(*) **Denbach**, 5. Mai. (Wahl) Zum Schultheißen wurde Oberamtssekretär Widmann in Balingen mit 522 Stimmen gewählt. Oberamtssekretär Schmidt-Erlingen erhielt 514 Stimmen.

(*) **Schmidlen**, 5. Mai. (Oris-

vorsteherwahl) Schultheißenamtsvorweiser Assistent Theophil Schill von Müstler wurde mit 520 Stimmen zum Schultheißen hier gewählt.

(*) **Kirchheim u. T.**, 5. Mai. (Ein Opfer der Spartakisten) Der von hier gebürtige Unteroffizier Knuchinger ist, als er nach dem von den Spartakisten besetzten Kloster Schäftlarn an der Hartalbahnhof als Parlamentarier entlaubt worden war, erschossen worden.

(*) **Geislingen a. St.**, 5. Mai. (Besitzwechsel) Die Stadtgemeinde hat die Gebäulichkeiten des alten Bezirkskrankenhauses um 225.000 an die Firma Beder und Co., Stiderei und Wäschegeßäft in Deggingen, abgetreten. Der Geldbetrag soll für den Neubau einer Gewerbehalle verwendet werden.

(*) **Blödingen**, 5. Mai. (Schwerer Unfall) Der 16 Jahre alte Karl Strubber wurde von dem Riem einer Transmission erfasst und ihm beide Arme vollständig vom Körper weggerissen. Der junge Mann starb nach wenigen Stunden.

(*) **Ellwangen**, 5. Mai. (Die Gewerbebank) Die hiesige Gewerbe- und Landwirtschaftsbank G. m. b. H. erzielte im Jahr 1918 einen Gesamtumsatz von 43.725.000 Mk. mit einem Reingewinn von 15.806.03 Mk.

(*) **Kalen**, 4. Mai. (Streik und 1. Mai) Die Arbeiterkassette mehrerer hiesiger größerer Betriebe veranstaltete eine Kundgebung zur Bezahlung des 1. Mai. Die Arbeitgeber werden nur mit den Organisationen verhandeln.

(*) **Klm**, 4. Mai. (Stadtvorstandswahl) Bei der heutigen Wahl fielen auf Urbanmann Schwammberger 1013 Stimmen; er ist gewählt. Oberbürgermeister Käthe Heidenheim, für den die Sozialdemokratie eintrat, erhielt 7200 Stimmen. Bürgerpartei und Zentrum hatten wie die demokratische Partei ihren Anhängern die Wahl verweigert. Von 28.167 Wahlberechtigten haben etwa 60 Prozent abgestimmt.

(*) **Klm**, 4. Mai. (Teuerungszulage) Der Arbeitern und Angestellten der Firma G. I. Nagins sind nun auch die der Firma Wieland und Cie. mit Anträgen auf eine Teuerungszulage gefolgt. Sie haben erreicht, daß die Arbeiter insgesamt 162.000 Mk., die Angestellten 41.200 Mk. und die nach dem Krieg entlassenen Arbeiter 15.000 Mk. erhalten.

(*) **Heidenheim**, 4. Mai. (Gemeindehaus) Die Sammlung zur Erbauung eines Gemeindehauses hat 50.000 Mk. ergeben.

(*) **Worzhelm**, 5. Mai. Die Erkrankungen an Typhus haben wieder zugenommen. Die Gesamtanzahl der überlebigen nun das dritte Tausend. Die Zahl der Todesfälle ist 266.

(*) **Konstanz**, 5. Mai. Im Monat Mai kostet der Liter Schweizermilch 1,30 Mk. — Der Polizei ist es gelungen, einen berüchtigten Schmuggler festzunehmen. Derselbe hat für etwa 1 Million Mk. Salvarjan und sonstige Arzneimittel nach der Schweiz zu schmuggeln versucht.

(*) **Vom Bodensee**, 5. Mai. (Flugleistung) Am 1. Mai nachmittags 2.45 Uhr landete in Konstanz ein Flugzeug der Luftschifferei Berlin. Es war morgens um 7.45 Uhr in Berlin gestartet und hatte in Bamberg eine Zwischenlandung von fünf Viertelstunden zur Auffüllung des Materials gemacht.

Am Osterdienstag kam ein Herr aus Hamburg mit einem Kiehlauto in Konstanz an, der den 853 Kilometer langen Weg nicht gecheut hatte, um Waren in größerem Umfang anzukaufem und sie durch einen Güterbeförderer nach Hamburg schiffen zu lassen. Bei diesen Geschäften muß ein schönes Geld zu verdienen sein, denn die 24stündige Autofahrt hatte allein 600 Mk. gekostet.

Witwäuliches Wetter.

Die Störungen sind noch nicht ganz beseitigt, aber die Wetterlage in ruhiger geworden. Am Mittwoch und Donnerstag ist zwar noch teilweise bedecktes, aber vorwiegend trockenes und mildes Wetter zu erwarten.

Bekanntmachung.

Gemäß Art. 7 der Gde.-Ord. und Art. 4 des Gemeindevahlrechts vom 15. März ds. Jg. wurde durch Beschluß der Gemeindefollegerien vom 28. März 1919 die Zahl der Gemeinderatsmitglieder der hiesigen Stadtgemeinde auf 16 festgesetzt. Dieser Beschluß wurde durch den Bezirksrat am 28. April 1919 für vollziehbar erklärt. Wildbad, den 5. Mai 1919. Stadtschultheißenamt: Wagner.

Eier-Abgabe.

Auf Lebensmittelkarte 24 werden 4 Stück Eier abgegeben. Listenschluß: Mittwoch abend 6 Uhr. Die Versorgungsberechtigten werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie in den nächsten Wochen das volle Quantum Eier erhalten, welches ihnen für das ganze Jahr zusteht und wollen sich daher alle wegen des Einkaltens darnach richten. Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen, welche sich bis Mittwoch abend nicht angemeldet haben, für diese Woche kein Fleisch erhalten. Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Geschäftliche Notiz.

Die Frage einer weiteren Tabakwarensteuer dürfte sich wohl in kürzester Zeit lösen und wird wie uns von kompetenter Seite mitgeteilt wurde eine ziemliche Erhöhung der Preise nach sich ziehen. Wir machen deshalb das Raucherpublikum auf die Firma Ehr. Schmid u. Sohn, Tabakwarengroßhandlung hier, aufmerksam, welche noch über ansehnliche Vorräte in Zigarren, Zigaretten und Tabaken zu wirklich billigen Preisen verfügt.

Für die Putzzeit empfehlen:

- Bohnerwachs,
- reine Seife,
- Stahlspäne,
- Schrupfer,
- Abreibbürsten,
- Schwertücher,
- Grünliche Lackfarben,
- Bronzen.

Drogerie Grundner Nachf.

„Braft“ Schnupf-Tabak, bei Gb. Schmid u. Sohn, König-Karlstr. 68 u. 71.

Ein Grammophon

mit Platten, hat zu verkaufen. [327] Zu erfragen in der Exped. Eine fast noch neue, reinwollene, dunkelblau gefärbte

Dacke

ist zu verkaufen. [326] Zu erfragen in der Exped.

Ein tüchtiges Fräulein

oder kinderlose Witwe die Liebe zu Kinder hat, wird als Haushälterin gesucht. Spätere Beirat nicht ausgeschlossen. 71 Angebote an die Exped. [3]

3 Zimmer Wohnung

mit entspr. Zubehör auf 1. ob. 15. Juli in Umgebung der Stadt zu mieten ges. St. Dr. Großmann, Realschule hier.

Für den Schulanfang

empfehlen alle Sorten Schulbücher u. Schulhefte, Schreib-Stuis, Griffel-Schachteln, Schulkränzen, sowie alle sonstigen

Papier- und Schreibwaren-Artikel Geschw. Flum, neben der Sonne.

Fahhahnen

empfiehlt F. Treiber.

Artikel für die Wäsche.

Panamaholz, Fleckenwasser, ganz vorzüglich für Schmutz u. Fettflecken, Chlorkalk, Kleesalz, Eau de Javille, Wäschezeichenteinte, Fleckenstifte, für Rost, Tinte, Obstflecken u. s. w. Pharmazeut. Laboratorium. Stadt-Apotheke.

Schönste

Wildbader Ansichtskarten,

hundertweise gut sortiert, zu ermäßigten Preisen, ferner

Anstellungsverträge, Dienstverträge, Spielkarten, Conto-Bücher, Abreissblocks und Notas, Butterbrotpapier, Closetpapier, Papier-Servietten

empfehlen Geschwister Flum, neben der „Sonne“.

